

Vortrag des Gemeinderats an den Stadtrat**(Jugend-)Arbeitslosigkeit: Strategien und Massnahmen zur Bekämpfung der (Jugend-) Arbeitslosigkeit in der Stadt Bern – 2005-2009; Gesamtkonzept und Kurzfassung****1. Ausgangslage**

Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit insbesondere von Jugendlichen und jungen Erwachsenen hat die negativen sozialen Folgen für die betroffenen Personengruppen (z.B. zunehmende Beanspruchung der Sozialhilfe) massiv verschärft.

Vor diesem Hintergrund hat der Stadtrat an seinen Sitzungen vom 27. Januar und 28. April 2005 insgesamt vier Motionen zum Thema Arbeitslosigkeit und Arbeitsintegration überwiesen:

- Motion Kommission SBU: Bekämpfung der Arbeitslosigkeit: Politischer Auftrag an das Kompetenzzentrum Arbeit – Schwerpunkt für die Legislatur 2005 – 2008 (SRB 172 vom 28.04.2005)
- Interfraktionelle Motion SP/JUSO, GFL/EVP, GB/JA!/GPB: Junge brauchen Jobs: Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen (SRB 170 vom 28.04.2005)
- Interfraktionelle Motion SP/JUSO, GB/JA!/GPB, GFL/EVP: Kurzfristig realisierbare Massnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit (SRB 171 vom 28.04.2005)
- Dringliche Motion Fraktion SP/JUSO: Jugendarbeitslosigkeit in Bern – Jetzt Arbeitsplätze schaffen! (SRB 035 vom 27.01.2005)

Abgesehen von verschiedenen Einzelmassnahmen wurden folgende zentrale Forderungen gestellt:

- Erstellung einer detaillierten Analyse zur aktuellen Situation der (Jugend-) Arbeitslosigkeit;
- Vorlage eines Konzepts zur umfassenden Bekämpfung der (Jugend-) Arbeitslosigkeit;
- Erteilung eines politischen Auftrags an das Kompetenzzentrum Arbeit für die Umsetzung geeigneter Massnahmen zur Bekämpfung der (Jugend-) Arbeitslosigkeit;
- Verbesserte Koordination der Massnahmen und gezielte Information der betroffenen Personen über die vorhandenen Angebote.

Der Gemeinderat misst diesem Anliegen einen hohen Stellenwert bei und hat denn auch in die Legislaturrichtlinien 2005 – 2008 als Ziel aufgenommen, mehr Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine Ausbildung und einen Arbeitsplatz zu verschaffen (Ziel 1.8). Der Gemeinderat legt dem Stadtrat ein Gesamtkonzept „Strategien und Massnahmen zur Bekämpfung der (Jugend-) Arbeitslosigkeit“ vor (Beilage).

2. Bestehende Angebote

Die Stadt stellt in enger Zusammenarbeit mit dem Kanton bzw. in Umsetzung kantonaler Bestellungen ein respektables Angebot von Massnahmen zur Bekämpfung der (Jugend-) Arbeitslosigkeit bereit. Zu erwähnen sind unter anderem:

- Die Motivationssemester (to do) zur Vorbereitung von Jugendlichen auf weiterführende ausbildungsmässige oder berufliche Lösungen;

- die niederschweligen Vormotivationssemester (z.B. das Gartenprojekt) und das gerade angelaufene niederschwellige Integrationsprojekt (NIP);
- Programme zur vorübergehenden Beschäftigung mit integrierter Weiterbildung (PvB) im Rahmen arbeitsmarktlicher Massnahmen (AMM);
- Beschäftigungsmassnahmen für Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger (bisher BMSE, neu BIAS);
- Vermittlungsmassnahmen in den ersten Arbeitsmarkt im Rahmen von „Arbeit statt Fürsorge“.

Diese Massnahmen haben sich bewährt und lohnen sich als Investition in die Zukunft gerade von jugendlichen Personen. Angesichts des Ausmasses der (Jugend-) Arbeitslosigkeit und des grossen Bedarfs insbesondere in den Sozialdiensten (Sozialhilfe) genügen sie aber nicht. Zudem ist ein ergänzendes Engagement der Stadt zu den vom Kanton bestellten und finanzierten Angeboten nötig, um der besonderen Betroffenheit einer Kernstadt mit entsprechenden sozialen Lasten genügend Rechnung zu tragen.

3. Lageanalyse und strategische Ziele

Die Lageanalyse, welche der Formulierung strategischer Ziele zu Grunde liegt, zeigt folgendes Bild:

- Das aktuelle Angebot arbeitsmarktlicher Massnahmen und Integrationsmassnahmen der Sozialhilfe vermag die Nachfrage nicht zu decken.
- Wechselnde kantonale Rahmenbedingungen bei der Bestellung arbeitsmarktlicher Massnahmen beeinträchtigen eine nachhaltige städtische Strategie.
- Ein erweiterter Handlungsspielraum besteht in Ergänzung der kantonalen Massnahmen insbesondere im Rahmen des Integrationsauftrags gemäss kantonalem Sozialhilfegesetz.
- Im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit bedarf es – wie die BASS-Studie zeigt – angesichts des hohen Anteils ausländischer erwerbsloser Jugendlicher einer Angebotserweiterung durch niederschwellige Massnahmen sowie eines massiven Ausbaus des Angebots an Sprachqualifikationen mit Deutschkursen.

Aus dieser Lageanalyse ergeben sich folgende strategischen Zielvorstellungen:

- Die Stadt muss in Ergänzung zu den kantonalen Massnahmen den Handlungsspielraum insbesondere im Jugendbereich und in der Umsetzung des gesetzlichen Auftrags gemäss Sozialhilfe ausschöpfen.
- Die Angebote der arbeitsmarktlichen Massnahmen für versicherte Personen und diejenigen der Integrationsmassnahmen für Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger müssen so aufeinander abgestimmt werden, dass sie bedarfsgerecht wie „kommunizierende Röhren“ dem jeweiligen Bedarf flexibel Rechnung tragen und unterschiedliche Belastungen ausgleichen.
- Die Koordination der verschiedenen Massnahmen, die enge Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und die Abstützung politischer Massnahmen werden durch einen „Runden Tisch“ (IASB) unterstützt.
- Damit die Schnittstelle Sekundarstufen 1 und 2 zu einer Nahtstelle wird, müssen bildungsmässige Früherkennung, soziale Bedarfsdeckung und Brückenangebote durch genügend Lehrstellen und Praktika besser ineinander greifen.
- Der interinstitutionellen Zusammenarbeit zwischen Invalidenversicherung, Arbeitslosenversicherung und Sozialhilfe ist zwecks Beschleunigung des Verfahrens erhöhte Bedeutung beizumessen.
- Das Kompetenzzentrum Arbeit ist die städtische Stelle, welche die Massnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bündelt und koordiniert.

4. Gliederung des Gesamtkonzepts

Das Konzept gliedert sich in folgende Kapitel:

- Kapitel I: Einleitung
- Kapitel II: Ausgangslage: Beschreibung und Beurteilung der IST-Situation
- Kapitel III: Übergeordnete Ziele und Grundsätze
- Kapitel IV: Strategien und Massnahmen

5. Voraussichtlicher Finanzbedarf

Der voraussichtliche Finanzbedarf wurde gemäss den Zielsetzungen der vom Gemeinderat bewilligten Legislaturrichtlinien 2005 – 2008 in der Integrierten Finanz- und Aufgabenplanung (IAFP) 2006 – 2009 beziffert. Die erste Tranche der zu beschaffenden finanziellen Mittel ist im Voranschlag 2006 eingestellt. Vorbehältlich der Bewilligung der Mittel durch die finanzkompetenten Organe kann anfangs 2006 mit der Umsetzung begonnen werden, soweit diese nicht schon eingeleitet wurde.

Antrag

1. Der Stadtrat nimmt in zustimmendem Sinne Kenntnis vom Vortrag des Gemeinderats sowie vom Gesamtkonzept und von der Kurzfassung betreffend Strategien und Massnahmen zur Bekämpfung der (Jugend-) Arbeitslosigkeit in der Stadt Bern – 2005-2009.
2. Er beantragt dem Stadtrat, als erfüllt abzuschreiben:
 - Die Motion Kommission für Soziale Sicherheit, Bildung, Umwelt und Integration (SBU): Bekämpfung der Arbeitslosigkeit: Politischer Auftrag an das Kompetenzzentrum Arbeit – Schwerpunkt für die Legislatur 2005-2008
 - Ziffern 1, 2, 5, 6 und 7 der interfraktionellen Motion SP/JUSO, GFL/EVP, GB/JA!/GPB: Junge brauchen Jobs: Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen
 - Ziffern 1, 2, 5, 7 und 8 der dringlichen Motion Fraktion SP/JUSO: Jugendarbeitslosigkeit in Bern – Jetzt Arbeitsplätze schaffen!

Bern, 2. November 2005

Der Gemeinderat

Beilagen:

- Strategien und Massnahmen zur Bekämpfung der (Jugend-) Arbeitslosigkeit in der Stadt Bern – 2005-2009
- Strategien und Massnahmen zur Bekämpfung der (Jugend-) Arbeitslosigkeit in der Stadt Bern – 2005-2009; Kurzfassung